



Sicherheitspolitische Dynamiken in Afrika

WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH.

   [bundesheer.at](https://www.bundesheer.at)



UNSER HEER



Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
der Landesverteidigungsakademie Wien

INHALT

Sicherheit und Entwicklung als komplexe Herausforderung	3
Konfliktdynamiken in Afrika	3
Korruption und schlechte Regierungsführung	3
Klimawandel, humanitäre und Naturkatastrophen	4
Demographie	4
Organisierte Kriminalität	4
Terroristische und militante Gruppierungen	5
Das Engagement internationaler sicherheitspolitischer Akteure	6
Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten	6
Maßnahmen im Bereich Migration	7
Die Präsenz der Vereinten Nationen (UNO)	10
Das Engagement Chinas	10
Der Einfluss der Golfstaaten und weiterer externe Akteure	11
Kooperation und Sicherheitspolitik afrikanischer Staaten	12
Die Afrikanische Union	12
Afrikanische Regionalorganisationen	13
Regionale sicherheitspolitische Initiativen	13
Zukünftige Herausforderungen	14

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVAK/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bundesheer.at/ifk

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Die Facebook-Seite des IFK ist unter www.facebook.com/lvak.ifk oder untenstehendem QR-Code abrufbar.



www.facebook.com/lvak.ifk

Titelseite: Senegalesische Soldaten als Teil der ECOWAS Eingreiftruppe in Gambia 2017. Afrikanische Staaten sind zunehmend bemüht, Konflikte eigenständig zu lösen, siehe S. 13 [Foto: Carl de Souza/AFP/picturedesk.com]

SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG ALS KOMPLEXE HERAUSFORDERUNG

Das Verständnis von Sicherheit unterliegt einem steten Wandel. Im Laufe der letzten Jahrzehnte zeigten die Erfahrungen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (IKKM), dass die Stabilisierung einer Region mehr erfordert als den alleinigen Fokus auf den Sicherheitsbereich.

Die Herausforderung bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten liegt in den komplexen Zusammenhängen der einzelnen Konfliktfaktoren. In afrikanischen Staaten begünstigt etwa das Zusammenwirken von Korruption und schlechter Regierungsführung, hohem Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und äußeren Einflüssen wie Klimawandel und Naturkatastrophen, die Formierung militanter Gruppierungen. Die Komplexität wird zudem aufgrund der Involvierung zahlreicher lokaler und internationaler sowie staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in gewaltsame Konflikte verstärkt.

Sicherheit und Entwicklung werden in gegenwärtigen politischen Konzepten als komplementär betrachtet. Das spiegelt sich auch im Konzept der umfassenden Sicher-

heit wieder. Sicherheit ist dabei sowohl in einem engen als auch einem weiten Sinn zu verstehen. Im engen Sinn umfasst Sicherheit einen Zustand frei von physischer Gewalt (gegen Individuen und Gruppen oder gegen den Staat und seine Institutionen). In einem weiten Sinn ist Sicherheit als „Menschliche Sicherheit“ zu verstehen und zielt auf den Schutz des Individuums und seiner Grundbedürfnisse („Freiheit von Furcht und Freiheit von Not“). Dieses vom United Nations Development Programme (UNDP) geprägte Konzept erweitert das Sicherheitsverständnis um die wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und persönliche Sicherheit sowie Sicherheit in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Umwelt. Ein sicherheitspolitisches Engagement in Afrika kann demzufolge nur erfolgreich sein, wenn Maßnahmen im Kontext der jeweiligen spezifischen Herausforderungen der Region erfolgen. Initiativen in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Humanitärer Hilfe und Wirtschaft sowie dem Aufbau guter Regierungsführung müssen ineinandergreifen. Darüber hinaus ist die Einbindung möglichst vieler beteiligter Akteure anzustreben.

Konfliktdynamiken in Afrika

In Afrika werden zahlreiche asymmetrische Konflikte ausgetragen. Dabei kämpfen transnational und international vernetzte militante und terroristische Gruppierungen um regionalen Einfluss, Macht und Ressourcen. Die zentralen Konfliktherde werden auf absehbare Zeit im Sahel-Raum (besonders Mali, Nigeria), am erweiterten Horn von Afrika (Äthiopien, Somalia, Eritrea, Südsudan) und in der Kivu-Region im Osten der Demokratischen Republik Kongo liegen. Veränderungen durch den Klimawandel und die voranschreitende Urbanisierung erhöhen das Konfliktpotential. Am Horn von Afrika könnte der Friedensschluss zwischen Äthiopien und Eritrea positive Entwicklungen in Somalia bewirken. Gleichzeitig ist aber seit Jahren ein Anstieg an ethnischen Spannungen innerhalb der äthiopischen Bevölkerung zu erkennen. Zudem steigt der Einfluss der Golfstaaten in der Region, die immer selbstbewusster auftreten. Deren divergierende politische Strategien könnten, insbesondere in Nordafrika und am Horn von Afrika, vorhandene politische Spannungen verstärken oder neue entstehen lassen.

Ein Viehzüchter beschützt seine Rinder im Dorf Thanyang im Südsudan. Lange Dürreperioden und Hungersnöte verstärken Konflikte zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern.
[Foto: Kate Holt/Eyevine/picturedesk.com]



Während einige Staaten wie Ghana, Botswana oder Tansania sehr stabil sind, treten in anderen immer wieder neue Konflikte auf. Die Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen sowie ethnonationalistische Tendenzen fördern bewaffnete Auseinandersetzungen, insbesondere im zeitlichen Umfeld von Wahlen. In den kommenden Jahren drohen beispielsweise die weitere Eskalation des Konflikts in Kamerun sowie ein Anstieg an terroristischen Aktivitäten im Norden Mosambiks. In Somalia, Libyen oder im Südsudan werden die Differenzen unterschiedlicher Bevölkerungs- und Interessensgruppen die Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung weiterhin erschweren.

Korruption und schlechte Regierungsführung

Korrupte Regime, ein fehlendes Gewaltmonopol, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die unzureichende Umverteilung der Ressourcen gelten als zentrale Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Spannungen treten insbesondere dann auf, wenn Regierungen ethnische oder religiöse Grup-

pen oder Regionen bei der Verteilung von Ressourcen und der Einbindung in das Regierungssystem benachteiligen. Die Tuareg-Rebellion in Mali 2012 war die Folge einer solchen Marginalisierung und führte zu einem bis heute andauernden Konflikt. Auch in Kamerun bewirkt die Ausgrenzung der englischsprachigen Bevölkerung im Südwesten des Landes einen Anstieg an Gewalt. Im Oktober 2017 wurde von separatistischen Bewegungen die Unabhängigkeit der „Republik Ambazonia“ ausgerufen. Bestrebungen eine politische Unabhängigkeit der englischsprachigen Provinzen zu erreichen, blieben bisher jedoch erfolglos.

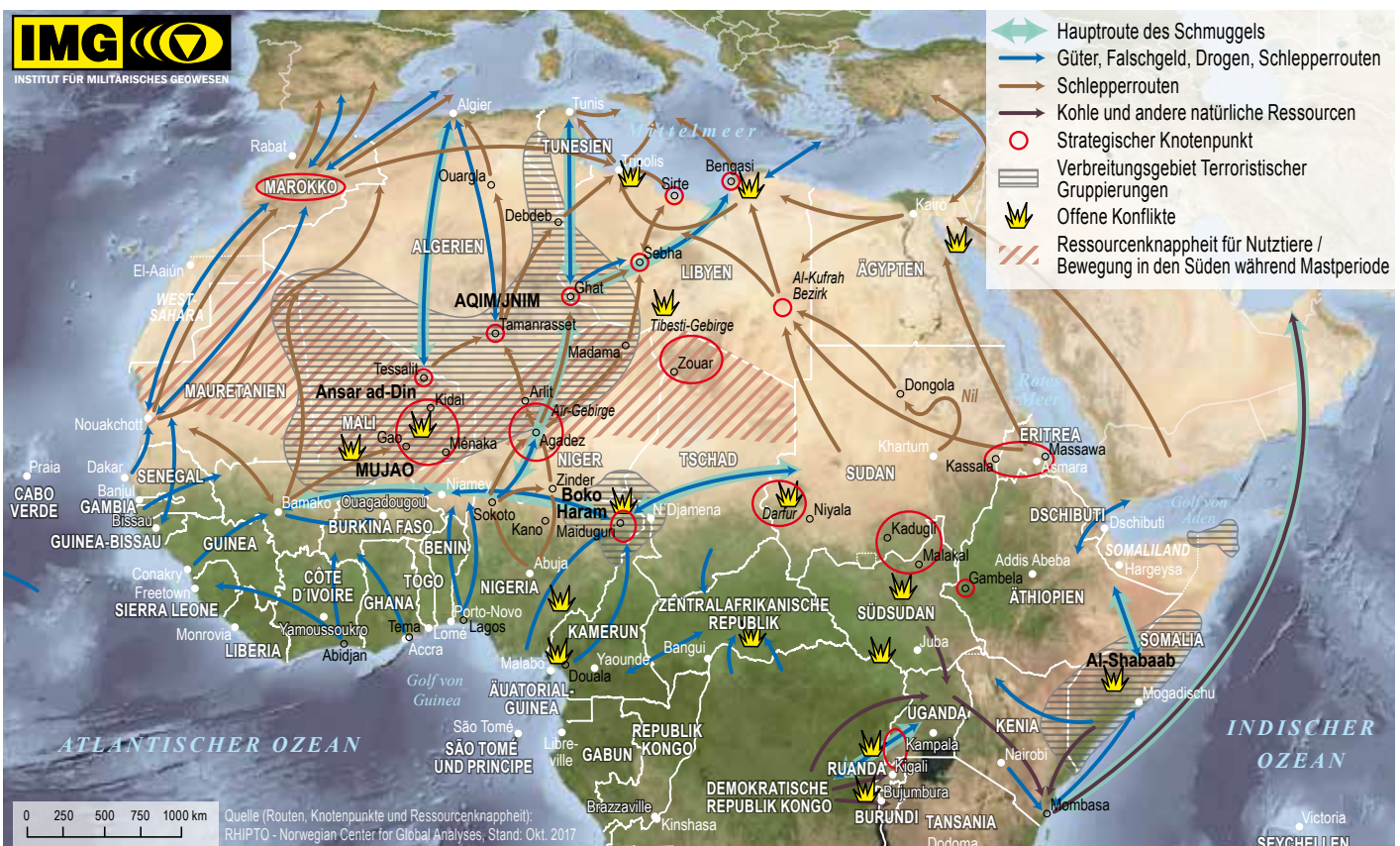
Der Schutz der eigenen Bevölkerung ist eine Grundaufgabe des Staates. Diese nehmen afrikanische Staaten sehr unterschiedlich wahr. Einige Länder, wie etwa Ghana oder Senegal, können die Sicherheit ihrer Bürger zu einem bestimmten Grad gewährleisten. Andere Staaten, wie die Demokratische Republik Kongo oder die Zentralafrikanische Republik, sind nicht in der Lage, Kontrolle und Autorität über das gesamte Staatsgebiet auszuüben. In Somalia, im Südsudan oder in Libyen ist die Wahrnehmung staatli-

cher Aufgaben nicht möglich, da bisher keine erfolgreiche Regierungsbildung durchgeführt werden konnte. Ein funktionsfähiger Staat und ein ebensolcher Sicherheitsapparat sowie demokratische Wahlen sind jedoch kein Garant für den Schutz der Bevölkerung. Repressionen der Opposition, Wahlmanipulationen oder ein Wahlverhalten entlang ethnischer Linien können gewaltsame Auseinandersetzungen hervorrufen. Zudem sind staatliche Sicherheitsorgane (Militär, Polizei) manchmal selbst in kriminelle Machenschaften verwickelt und verüben Übergriffe auf die Bevölkerung.

Klimawandel, humanitäre und Naturkatastrophen

Afrikanische Staaten sind vom Klimawandel besonders betroffen. Lange Dürreperioden, Wüstenbildung einerseits, andererseits aber auch Überschwemmungen sind Ursachen für die Knappheit von Trinkwasser und substantielle Einbußen in der Landwirtschaft. Daraus ergibt sich die Gefährdung der Ernährungssicherheit und Gesundheit der jeweiligen Bevölkerungen. Insbesondere die Staaten des Sahel und jene am Horn von Af-

▼ Schmuggelrouten durch die Sahara



rika haben mit Nahrungsmittelknappheit zu kämpfen. Dieser klimainduzierte Ressourcenmangel birgt verstärktes Konfliktpotential. Im „Middle Belt“ von Nigeria forderten gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern im Jahr 2018 bereits eine höhere Zahl an Opfern als Angriffe der terroristischen Gruppierung Boko Haram. Zusätzlich führen wiederkehrende ökologische Phänomene (wie Heuschreckenplagen), ökologische Krisen durch Umweltverschmutzung oder der Ausbruch von Epidemien (wie Cholera oder Ebola) zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen und erhöhen Konfliktpotentiale.

Demographie

Rund 17 Prozent der Weltbevölkerung leben in Afrika. In Prognosen wird mit einer Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung bis 2050 auf rund 2,5 Mrd. Menschen gerechnet. Laut dem Department of Economic and Social Affairs (DESA) der UNO lag die durchschnittliche Geburtenrate im Jahr 2017 bei 4,4 Kindern pro Frau, mit Niger (7,1 Kinder pro Frau) an der Spitze. Der verbesserte Zugang zu medizinischer Versorgung, verbunden mit geringeren Kindersterblichkeitsraten, lässt jedoch einen schrittweisen Rückgang der Geburtenraten erwarten. Der hohe Anteil der jungen Bevölkerung (41% sind unter 15 Jahren) birgt neben großen Chancen auf wirtschaftliche Entwicklung auch Konfliktpotential. Landflucht und Urbanisierung, verbunden mit fehlender Stadtplanung und -entwicklung, schaffen zunehmende Sicherheitsprobleme. Die Suche nach Arbeit in Afrikas Städten, wie etwa der Megacity Lagos/Nigeria (ca. 21 Mio. Einwohner), endet häufig mit einem Leben in Slums und einer Arbeits- und Perspektivenlosigkeit für junge Menschen. Kriminelle Banden und terroristische Gruppierungen nutzen die frustrierte, junge Bevölkerung ebenso als Rekrutierungspool wie Schlepperorganisationen, die ein besseres Leben in anderen Regionen oder auf anderen Kontinenten versprechen.

Organisierte Kriminalität

Der grenzüberschreitende Handel in Afrika, insbesondere in der Sahelzone, hat jahrhundertelange Tradition. Bis in die Gegenwart folgt der Fluss an legalen wie auch illegalen

Waren, wie etwa Drogen, Waffen, Rohstoffen und Produkten der Wilderei, zum Teil Jahrhunderte alten Handelsrouten. Dieselben Routen werden auch von Schleppern genutzt, um Menschen durch Afrika zu schleusen. An den zentralen Knotenpunkten (z.B. Agadez in Niger) entwickeln sich aufgrund dieser Aktivitäten spezifische ökonomische Modelle und Einkommensquellen. Neben dem Transport von Drogen durch Afrika vor allem nach Europa verweist das Office on Drugs and Crime der UNO auf das verstärkte Problem der Drogenabhängigkeit am Kontinent selbst. Insbesondere Cannabis, aber auch zunehmend harte Drogen wie Kokain, mit ca. 1,8 Mio. Konsumenten (2016), und Heroin, mit ca. 1 Mio. (2015), werden in West- und Zentralafrika konsumiert.

Die Zerschlagung krimineller Netzwerke stellt eine komplexe Aufgabe dar. Korrupte Regime sind häufig Teil dieser Strukturen und profitieren selbst von illegalen Geschäften. Auch terroristische Gruppierungen finanzieren sich wesentlich durch die Beteiligung an organisierter Kriminalität und lukrieren Gelder durch illegale Finanzströme. Der Ansatz, diese Netzwerke mittels verstärkter Kontrollen der Schmuggelwege aufzubrechen, ist nur bedingt erfolgreich. Moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen es den Schmugglern, ihre Routen rasch zu adaptieren. Verstärkte Grenzkontrollen und zunehmende Militarisierung, wie im westafrikanischen Sahel-Raum (Mali, Mauretanien, Tschad, Burkina Faso und Niger), können sich zudem negativ auf die Bevölkerung auswirken und neue Probleme hervorrufen. Dies betrifft insbesondere jene Bevölkerungsteile, die sich mit legalem, grenzüberschreitendem Handel und im

Rahmen zirkulärer Migration ihren Lebensunterhalt verdienen.

Terroristische und militante Gruppierungen

In Afrika nutzen zahlreiche terroristische Gruppierungen den Kampf um Macht und Ressourcen, schlechte Lebensbedingungen sowie die Perspektivenlosigkeit, insbesondere der jungen Bevölkerung, als Nährboden und für die Rekrutierung von Nachwuchs. Religiöse Doktrinen dienen der Legitimierung angestrebter Ziele und der emotionalen Bindung der Mitglieder. Darüber hinaus können Aktivitäten einer Vielzahl von Milizen eine direkte Bedrohung für die Sicherheit des betroffenen Staates sein. Übergriffe auf die Bevölkerung und Anschläge auf öffentliche Einrichtungen destabilisieren betroffene Regionen und verursachen zum Teil große Flüchtlingsströme in die Nachbarstaaten, wie etwa aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo (DRC) nach Uganda. In der Kivu-Region, im Osten der DRC, werden seit Jahrzehnten gewaltsame Auseinandersetzungen ausgetragen. Diese lassen so genannte „Gewaltmärkte“ entstehen, in denen Gewalt Teil einer am Markt orientierten Strategie ist. Für viele Jugendliche wird es zur Normalität, sich den Lebensunterhalt unter Anwendung von Gewalt zu verdienen. Sie ziehen als Mitglieder einer Miliz von einem Gebiet in das nächste um zu rauben und zu plündern. Seit Oktober 2017 sieht sich auch Mosambik im südlichen Afrika mit islamistisch motivierten terroristischen Anschlägen konfrontiert. Eine Al-Sunna wa Jama'a und Al-Shabab genannte Gruppierung verübt Übergriffe auf die Bevölkerung und destabilisiert zunehmend den Norden des Landes.

Terrorgruppen – flexibel und vernetzt

Insbesondere in Nord- und Westafrika sowie am Horn von Afrika sind zahlreiche terroristische Gruppierungen aktiv. Deren Vernetzung und Flexibilität erschwert die erfolgreiche Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen. Die einzelnen Gruppierungen sind meist fragil, formen sich immer wieder neu und verändern ihr Aktionsgebiet. In Westafrika beispielsweise erfolgte im Jahr 2017 der Zusammenschluss der Terrorgruppen Al-Qaeda im islamischen Maghreb (AQIM, Sahara Branche), Al-Mourabitoun, Ansar ad-Din und der Macina Befreiungsfront (Front de libération du Macina, FLM). Sie verbündeten sich im Rahmen der Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime (Dschemā'at Nusrat al-Islām wa-l-Muslimīn/JNIM), die in Westafrika und Teilen Nordafrikas operiert. In der Region sind weitere terroristische Gruppierungen aktiv. Darunter eine Abspaltung der AQIM, die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest, MUJAO), die insbesondere im Nordosten Malis Anschläge verübt.

DAS ENGAGEMENT INTERNATIONALER SICHERHEITSPOLITISCHER AKTEURE

Afrika steht seit dem Ende der Kolonialzeit im Zentrum des internationalen sicherheitspolitischen Engagements. Die Vereinten Nationen (UNO), die Europäische Union (EU) sowie eine Vielzahl von Staaten und internationalen Organisationen engagieren sich im Bereich der Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Daraus ergibt sich ein komplexes Gefüge an Kooperationen mit afrikanischen Staaten und Regionalorganisationen. Diese werden im Rahmen bi- und multilateraler Abkommen und Programme sowie internationaler Zusammenarbeit umgesetzt. Zunehmend verfolgen auch Staaten wie China, die Türkei oder Saudi-Arabien ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen am Kontinent. Dieses Konglomerat an gegensätzlichen Interessen erschwert es einzelnen afrikanischen Staaten und Organisationen, Sicherheit und Entwicklung voranzubringen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten

Die EU und die Afrikanische Union (AU) sowie deren Regionalorganisationen verbinden langjährige Handelsbeziehungen und zahlreiche Kooperationspartnerschaften. Den übergeordneten, politischen Rahmen der Zusammenarbeit bilden das Abkommen von Cotonou sowie die Afrika-EU-Partnerschaft.

Das Abkommen von Cotonou (Cotonou-Agreement) bildet den Kooperationsrahmen für die Zusammenarbeit der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). Die strategische Umsetzung der Afrika-EU-Partnerschaft erfolgt auf Basis der Joint Africa-EU Strategy (JAES). Diese wurde 2007 am zweiten AU-EU-Gipfel in Lissabon verabschiedet und mit der aktuellen Abidjan Deklaration zum dritten Mal adaptiert. Die JAES ist als komplementäre Strategie zu weiteren Kooperationsabkommen, wie etwa der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), zu verstehen. Im Rahmen dieser Übereinkommen werden sowohl sicherheits- als auch entwicklungspolitische Programme initiiert. Deren Finanzierung wird durch den Europäischen Entwicklungsfonds (European Development Fund, EDF) und weitere spezifische Finanzierungsinstrumente gewährleistet. Der EDF ist das zentrale Instrument der EU um Entwicklungsleistungen für die AKP-Staaten sowie für Länder und Regionen in Übersee (OCTs) zu finanzieren. Die verfügbaren Gelder des elften EDF belaufen sich für den Zeitraum von 2014 bis 2020 auf 30,5 Mrd. Euro.

Insbesondere der Sahel-Raum steht derzeit im Fokus der Sicherheitspolitik der EU-Staaten. Die Region ist Operationsgebiet zahlreicher terroristischer Gruppierungen und steht

im Zentrum transnational organisierter Kriminalität. Der Sahel ist weiters Ausgangspunkt für das Schlepperwesen nach Europa. Mit dem Comprehensive Approach zur Sahara-Sahelregion (Sahel Strategy) entwickelte die EU im Jahr 2011 den übergeordneten Rahmen für das Engagement vor Ort. Die Implementierung erfolgt im Rahmen des Sahel Regional Action Plan (RAP) von 2015. Im RAP werden Maßnahmen gegen zunehmende Radikalisierung und organisierte Kriminalität, die Verbesserung der Lebensbedingungen der jungen Bevölkerung sowie die Regelung von Migration und Mobilität als Schlüsselbereiche identifiziert. Im Jahr 2017 gründeten Frankreich und Deutschland die Allianz für den Sahel, die eine Zusammenarbeit der wichtigsten bi- und multilateralen Entwicklungspartner der Sahelstaaten fördern soll.

Darüber hinaus werden mit den Maßnahmen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) regionale Schwerpunkte gesetzt. Mit Ausnahme der EU Trainingsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUTM-RCA) erfolgt die Durchführung aller weiteren zivilen und militärischen Afrika-Missionen und Operationen der EU in Westafrika und am Horn von Afrika. Besonders Frankreich, als ehemalige Kolonialmacht, engagiert sich auch militärisch



◀
Staats- und Regierungschefs auf dem fünften AU-EU-Gipfel in Abidjan/Elfenbeinküste am 29. November 2017.
(Foto: Issouf Sanogo/picturedesk.com)

am Kontinent. Vorwiegend im frankophonen Afrika werden militärische Initiativen durchgeführt. Diese umfassen unter anderem die Unterstützung afrikanischer Staaten im Eindämmen gewaltvoller Konflikte, wie im Zuge der Opération Serval in Mali 2013, oder die Bekämpfung transnationaler islamistischer Gruppierungen (z.B. Al-Qaida im islamischen Maghreb, AQIM) im Rahmen der Opération Barkhane. Die Operationen Frankreichs sowie die Missionen der EU erfordern ein langfristiges Engagement mit hohem finanziellen und personellen Aufwand. Folglich wird eine Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren sowie afrikanischen Regionalorganisationen angestrebt. Eine solche Kooperation erfolgt beispielsweise zwischen der französischen Opération Barkhane und der afrikanischen Sicherheitsinitiative Force Conjointe du G5 Sahel [FC-G5S, siehe S. 13].

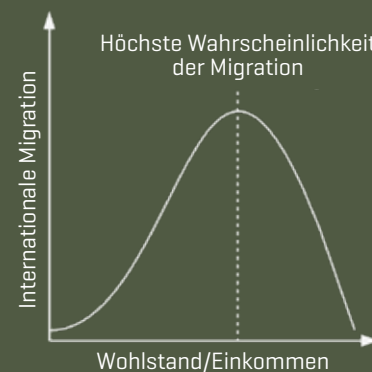
Ein breiter gefasstes Verständnis von Sicherheit erfordert es, im Rahmen von Sicherheitsinitiativen und entwicklungspolitischen Programmen ein breites Spektrum von Herausforderungen zu erfassen. In der Zusammenarbeit mit afrikanischen Organisationen oder Staaten dominiert jedoch meist ein konkretes politisches Themenfeld, wodurch der ganzheitliche Ansatz vernachlässigt wird. Derzeit etwa fokussiert die EU ihre Anstrengungen auf den Auf- und Ausbau von Sicherheitskooperationen, um Migrationsbewegungen nach Europa einzudämmen. Migration ist jedoch für afrikanische Staaten kein bestimmendes Thema, weshalb dieser EU-Fokus sehr kritisch betrachtet wird. Dies sorgte unter anderem am AU-EU-Gipfel im November 2017 für Kontroversen. Im Zuge der Identifikation der neuen Schwerpunktthemen der Afrika-EU-Strategie führte etwa die Aufnahme des Themas „Migration und Mobilität“ zu Differenzen. Eine gemeinsame Erklärung wurde mit einwöchiger Verspätung verabschiedet. Im Rahmen der Afrika-EU Partnerschaft können afrikanische Staaten zunehmend ihre eigene Agenda vertreten, da sie in Staaten wie China alternative Kooperationspartner haben.

Maßnahmen im Bereich Migration

Das Thema Migration und Asyl ist ins Zentrum der europäischen Sicherheitspolitik gerückt. Ein Grund dafür liegt im rasanten Anstieg an Flucht- und Migrationsbewegungen

Der Migration Hump

Internationale Migration erfordert finanzielle Mittel. Der sogenannte „Migration Hump“ („Migrationsbuckel“) besagt, dass die Anzahl der migrierenden Personen mit höherem Einkommen steigt und nach dem Erreichen eines gewissen Durchschnittsverdienstes und somit Lebensstandards wieder schwindet.

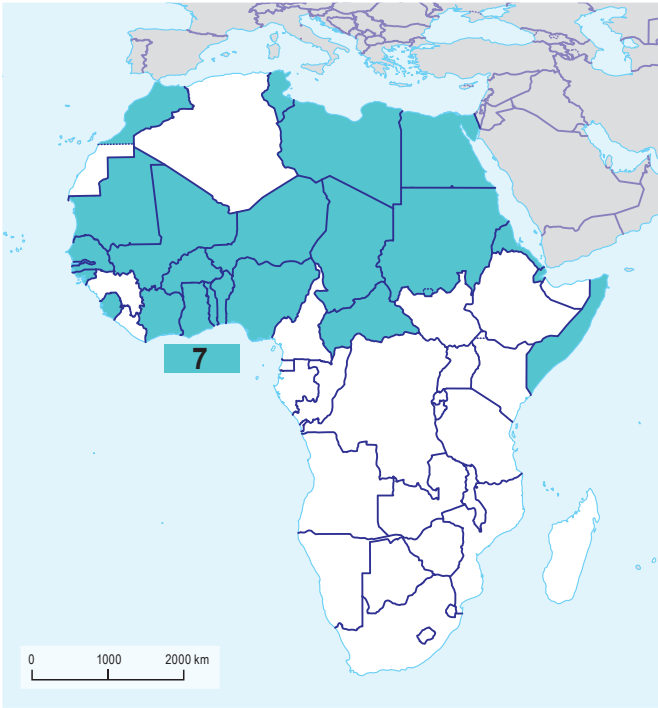


im Jahr 2015. Zudem führen die vielen Opfer im Mittelmeer und die Frage der Verantwortlichkeiten bei der Aufnahme von Migranten zu kontroversen Debatten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten planen den Aus- und Aufbau von Migrationsstrategien und -partnerschaften. Dabei besteht die Intention, das Potential für eine erneute „Migrations- und Flüchtlingskrise“ (2015) zu reduzieren. Im Rahmen eines klaren Migrations- und Asylsystems soll auf aktuelle Migrationsbewegungen angemessen reagiert werden können. Die Vorstellung, wie Migrationspolitik zu konzipieren und umzusetzen ist, divergiert jedoch stark. Dies führt zu Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU einerseits und zu Kontroversen zwischen EU und AU andererseits. Die fehlende gemeinsame Agenda innerhalb der EU behindert den Aufbau eines einheitlichen Migrationssystems. Initiativen im Migrationsbereich stützen sich derzeit zumeist auf bi- und multilaterale Kooperationen einzelner Staaten.

Als Folge der starken Migrationsbewegungen (vorwiegend aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afghanistan) des Jahres 2015 entwickelte die EU, in Kooperation mit der AU, eine Migrationsagenda und installierte den EU Emergency Trust Fund for Africa (EUTF for Africa). Letzterer soll helfen, die Ursachen von irregulärer und erzwungener Migration zu verringern und einen Beitrag zur Stabilität in Afrika zu leisten. Auch ein verbessertes Migrationsmanagement wird angestrebt. Dies stellt jedoch eine komplexe Aufgabe dar. Ein besserer Lebensstandard und höheres Einkommen bedeuten nicht automatisch den Rückgang von Migration (siehe Migration Hump). Zudem erfolgen über 80 Prozent afrikanischer Migration innerhalb des Kontinents. Innerafrikanische Migrationsbewegungen, hervorgerufen durch Arbeitssuche, Klimawandel, Konflikte und die hohe Anzahl an Binnenvertriebenen (Internally Displaced

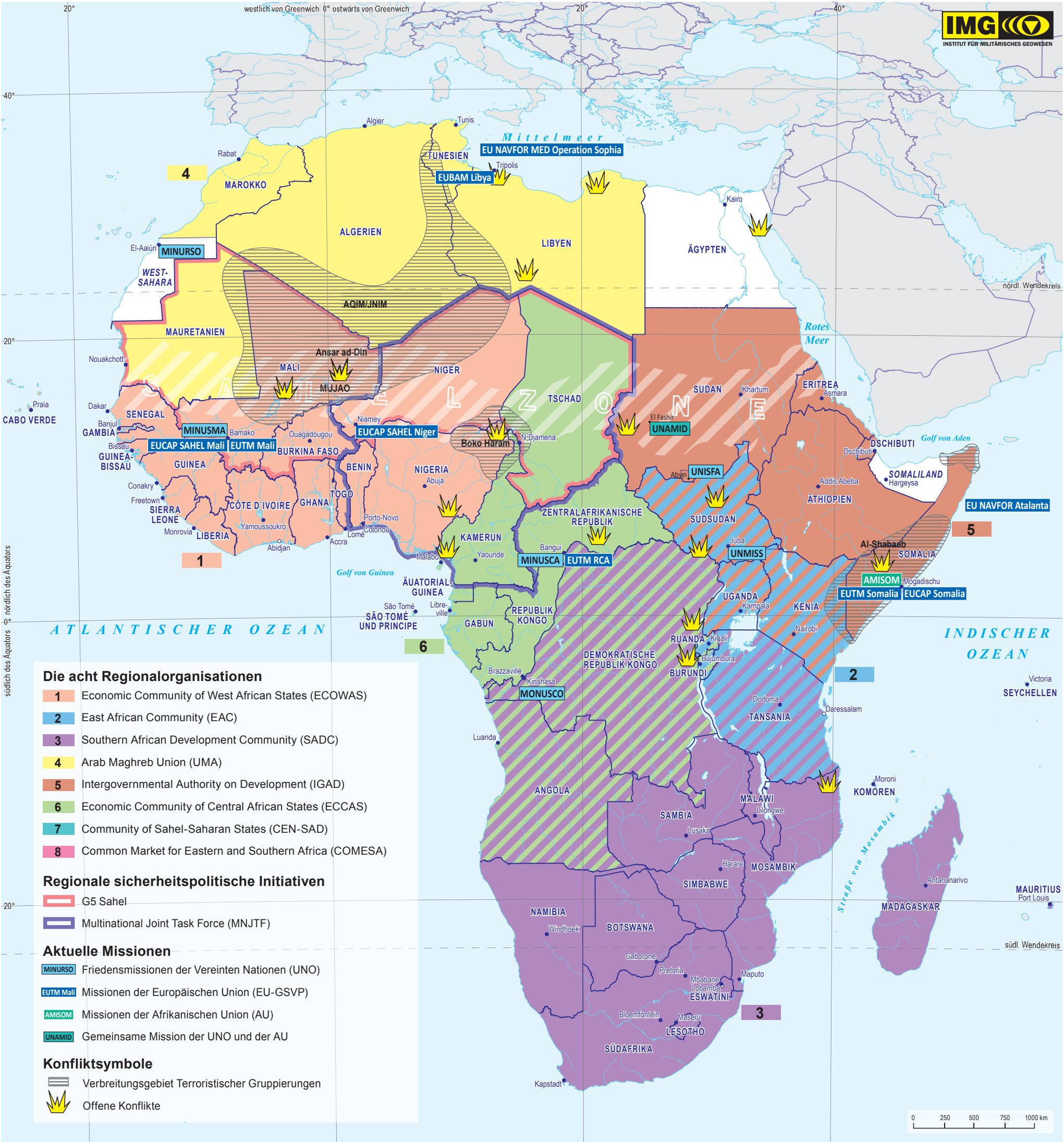
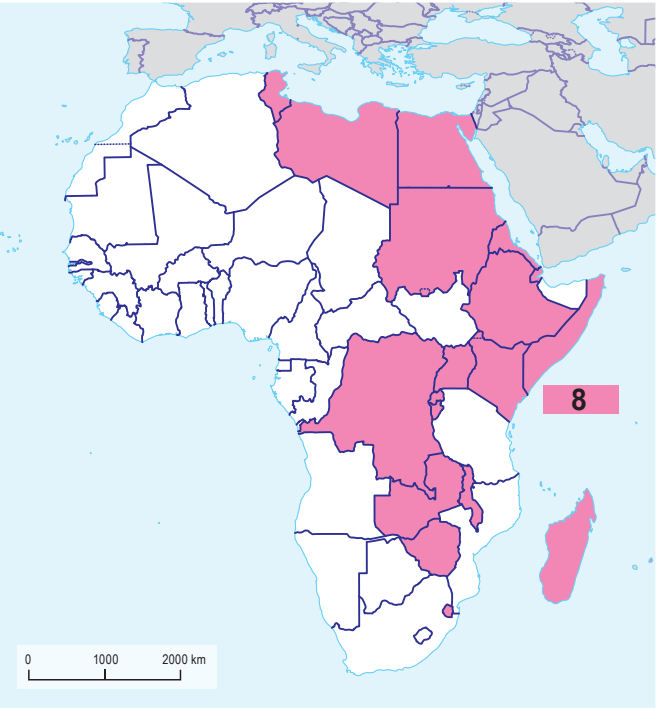
People/IDPs), bedeuten für afrikanische Staaten eine wachsende Herausforderung. Die derzeitigen Migrationsbewegungen aus Afrika nach Europa sind vergleichsweise sehr gering. Bei gleichbleibendem Anteil an migrierenden Personen wird es dennoch einen leichten realen Anstieg geben. Der Grund dafür ist die prognostizierte Verdoppelung der afrikanischen Bevölkerung bis 2050. Ein erneuter, abrupter Anstieg als Folge krisenhafter Entwicklungen ist jedoch nicht auszuschließen. Darüber hinaus ist insbesondere Nordafrika Aufenthalts- und Transitraum von tausenden Migranten von der Arabischen Halbinsel und aus Asien.

Migration und insbesondere Arbeitsmigration war und ist ein alltägliches Phänomen in Afrika. Zirkuläre und internationale Migration sind Teil der ökonomischen Strukturen afrikanischer Staaten. Diese sind abhängig von saisonaler Arbeitsmigration sowie Deviseneinnahmen. Letztere können insbesondere mittels Rohstoffexporten, aber auch zunehmend durch Rückflüsse an Geldern der im Ausland lebenden afrikanischen Bevölkerung generiert werden. Afrikanische Regionalorganisationen sind bestrebt, ihre Volkswirtschaften zu stärken und länderübergreifende ökonomische Strategien zu entwickeln. Eine solche Maßnahme ist beispielsweise die Gewährung von Reisefreiheit innerhalb der Economic Community of West African States [ECOWAS]. Der freie Personenverkehr in Afrika könnte sich durch den Beitritt Marokkos zur ECOWAS sowie durch das Inkrafttreten der African Continental Free Trade Area [AfCFTA] enorm erweitern (siehe S. 12). Im Rahmen von Migrationspartnerschaften mit einzelnen afrikanischen Staaten sollte dies berücksichtigt werden. Im Zuge der Ausbildung afrikanischer Grenzpolizei oder im Bestreben, ECOWAS-ID-Karten einzuführen, ist es wichtig, dass afrikanische Staaten und ihre



REGIONALORGANISATIONEN UND KONFLIKTDYNAMIKEN IN AFRIKA

Auf den Karten werden die acht von der AU anerkannten Regionalorganisationen (Regional Economic Communities, RECs) dargestellt. Damit wird deutlich, dass die Mitgliedschaft einzelner Länder in mehreren RECs gegeben ist. Zudem werden die Mitgliedstaaten der sicherheitspolitischen Initiativen FC-G5 Sahel und MNJTF in Westafrika angeführt. Diese formten sich insbesondere um die Verbreitung terroristischer Gruppierungen und organisierte Kriminalität einzudämmen. Die einzelnen RECs und das Bündnis G5 Sahel verfolgen neben den sicherheitspolitischen auch entwicklungspolitische Ziele. Auf der großen Übersichtskarte sind aktuelle Missionen der AU und EU sowie Friedensmissionen der UNO eingezeichnet. Zudem gibt die Karte einen Überblick über derzeit offene Konflikte und einige zentrale terroristische Gruppierungen mit großem Einflussgebiet.





▲ Chinas „Belt and Road-Initiative“

internationalen Partner negative Auswirkungen auf die Bevölkerung verhindern. Strikte Grenzkontrollen und der mangelnde Zugang zu ID-Karten könnten eine Beeinträchtigung des legalen, grenzüberschreitenden Handels und ein verstärktes Konfliktpotential bedeuten. Weiters steigt mit der Kriminalisierung vormals legaler Bewegungen durch die Sahara die Anzahl an Menschen, die in der Wüste sterben. Eine langfristig erfolgreiche Kooperation im Rahmen von Migrationspartnerschaften wird es jedenfalls erfordern, die Interessen afrikanischer Staaten und ihrer Bevölkerung entsprechend miteinzubeziehen. Der Schutz der Bevölkerung und die Einhaltung von Menschenrechten müssen dabei berücksichtigt werden.

Die Präsenz der Vereinten Nationen (UNO)

Im Zeitraum von 1989 bis 2017 bezog sich rund die Hälfte aller Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates auf Konflikte in Afrika. Aktuell werden 7 der laufenden 14 friedenserhaltenden UNO-Missionen in Afrika durchgeführt. Die Dokumente und Richtlinien der UNO versuchen, aktuelle Konfliktdynamiken in allen Dimensionen zu erfassen. Aufbauend auf

dem Konzept der „Menschlichen Sicherheit“ beschließt die UNO-Generalversammlung im Jahr 2015 den Aktionsplan „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und dessen 17 nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs). Das Erreichen dieser Ziele erfordert strategisch langfristig ausgerichtete Initiativen. Erfolge werden allerdings erst nach Jahren oder Jahrzehnten sichtbar werden. Die Friedensmissionen der UNO sind im SDG-Ziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ abgebildet. Neben den positiven Effekten, wie dem wichtigen Beitrag zur Stabilität in einigen afrikanischen Staaten, werden UNO-Missionen allerdings auch zunehmend in Frage gestellt. Die Gründe dafür liegen unter anderem in der oft mangelhaften Ausbildung und dem wiederkehrenden Fehlverhalten des UNO-Personals gegenüber den Bevölkerungen, fehlenden finanziellen Mitteln oder der Ineffektivität von Langzeitmissionen wie jener in der Demokratischen Republik Kongo. Für einen längeren Übergangszeitraum werden afrikanische Regionalorganisationen aufgrund ihrer logistischen und finanziellen Abhängigkeiten jedoch weiterhin auf die Unterstützung der UNO und der EU zur Bewältigung von Krisen und Konflikten angewiesen sein.

Das Engagement Chinas

Im Jahr 2013 rief der chinesische Präsident Xi Jinping das Infrastrukturprojekt der neuen Seidenstraße, die sogenannte „Belt and Road-Initiative“ (BRI), ins Leben. Das Ziel ist der Aufbau eines weltumspannenden Handelsnetzwerks, im Zuge dessen China Milliardeninvestitionen tätigt bzw. Kredite für Investitionen vergibt. China ist einer der wichtigsten Handelspartner Afrikas, mit einem Handelsvolumen von rund 145 Mrd. Euro (2017), das sich allerdings sehr unterschiedlich auf die einzelnen Staaten verteilt. Auf dem AU-China-Gipfel im September 2018, der im Rahmen des Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) stattfand, kündigte der chinesische Präsident Investitionen in der Höhe von 60 Mrd. USD in afrikanische Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte an. Der Bau von Straßen, Eisenbahnlinien und Kraftwerken sowie die Ansiedelung chinesischer Firmen zeigen vielerorts positive Effekte. Investitionen, insbesondere in Ostafrika, aber auch in Staaten wie Nigeria, Ghana, Mali oder Angola, stimulieren die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten. Die African Development Bank (AfDB) prognostiziert, dass die afrikanische

Infrastruktur jährliche Investitionen in Höhe von 130 bis 170 Mrd. USD benötigt, um die Ziele der SDGs erreichen zu können. Diese Ziele umfassen den Zugang der gesamten afrikanischen Bevölkerung zu Elektrizität, Wasserversorgung, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie verbesserte Transportmöglichkeiten. Dennoch ist die Wirkung des gesteigerten chinesischen Engagements nicht ausschließlich positiv zu bewerten. Investitionen erfolgen zum Teil mittels Vergabe von Krediten, die die Verschuldung einiger afrikanischer Staaten stark ansteigen lassen. Kritisch zu betrachten sind zudem die zahlreichen Landkäufe („landgrabbing“ unter anderem durch China aber auch Firmen wie Shell oder Nestle) sowie mangelnde Umweltschutzmaßnahmen und die geringen Arbeitsstandards für Arbeitnehmer in chinesischen Firmen. Diese beschäftigen meist ohnehin chinesisches Fachpersonal und verdrängen damit kleinere, afrikanische Unternehmen.

Der Einfluss der Golfstaaten und weiterer externer Akteure

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts steigt das externe wirtschaftliche sowie poli-

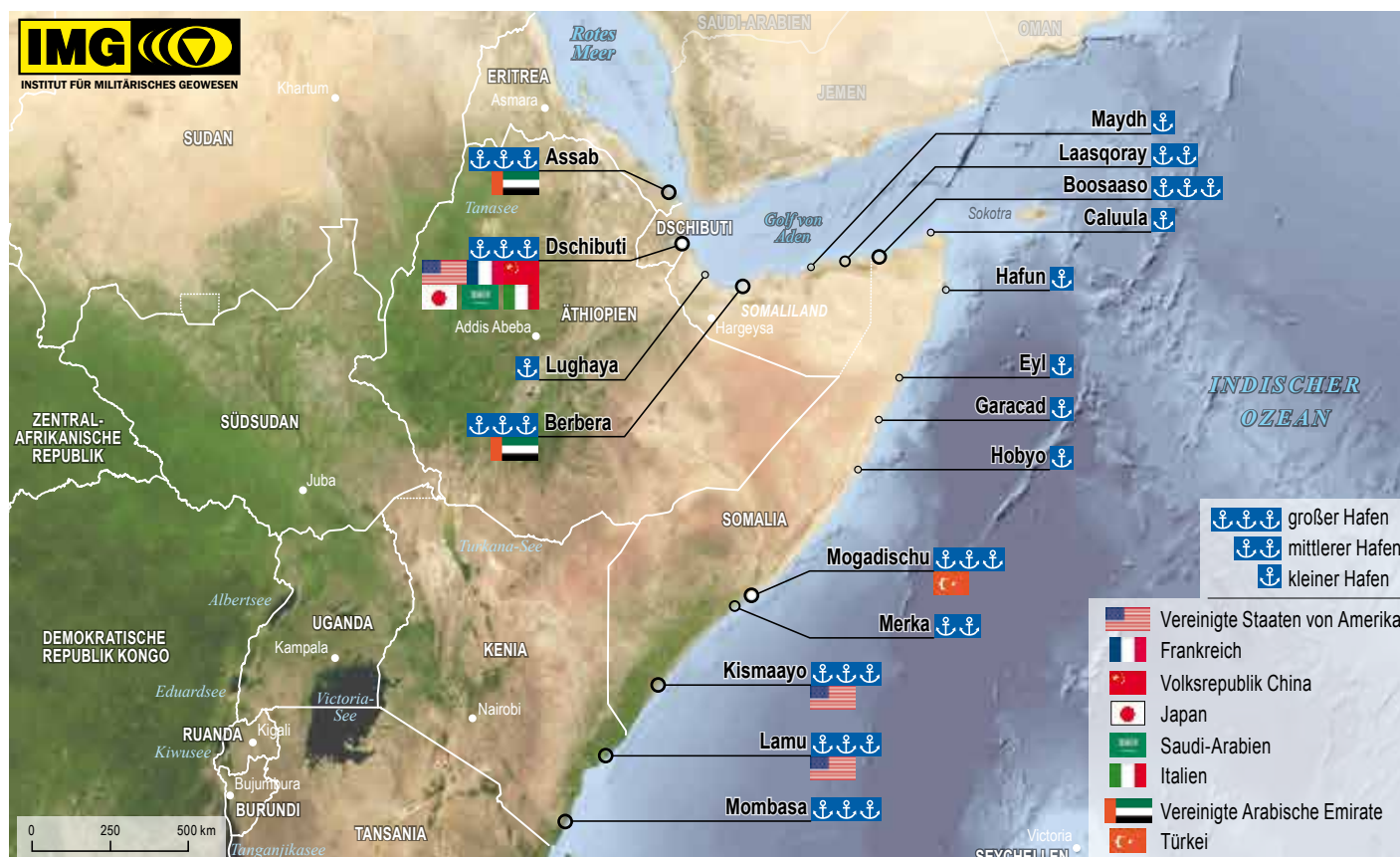
tische und militärische Engagement der Golfstaaten. Insbesondere in Nord- und Ostafrika verkompliziert dieser externe Einfluss die Politik afrikanischer Staaten, indem aktuelle Konflikte in der Golfregion auch nach Afrika exportiert werden. Darunter etwa die Rivalität zwischen Saudi Arabien und dem Iran. Diese äußert sich neben wirtschaftlichen und politischen Konflikten auch in sich verstärkenden Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten, den zwei Hauptströmungen des Islam. Zudem steigt der Einfluss islamistischer Gruppierungen des Nahen und Mittleren Ostens in Afrika, wie etwa in Burkina Faso. Mit dem Boykott Katars (Unterbrechung aller Land-, Luft- und Seeverbindungen) im Jahr 2017 durch Saudi-Arabien und Verbündete wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), stieg auch der Druck auf afrikanische Staaten, Partei für eine Seite zu ergreifen. In Somalia beispielsweise fungiert Katar als Unterstützer des Federal Government of Somalia, wohingegen die VAE bestrebt sind, die Entwicklung der relativ autonomen Provinz Somaliland voranzutreiben. Folglich unterstützt Somaliland, gemeinsam mit Ägypten und Mauretanien, Saudi-

Arabien und die VAE in ihrem Boykott gegen Katar.

Am Horn von Afrika konkurrieren die Golfstaaten mit der Türkei und China um den Aufbau von Häfen. Damit versuchen diese Staaten, ihren Einflussbereich in der Region sowie entlang der strategisch bedeutenden Handelsroute durch das Rote Meer und den Suezkanal zu sichern. Die strategische Relevanz der Region zeigt sich zudem an der internationalen militärischen Präsenz. Neben Frankreich, Italien, den USA, Japan und Saudi-Arabien errichtete China im Jahr 2017 seine erste Übersee-Militärbasis in Djibouti. Auch die Türkei investiert wirtschaftlich in Afrika und ist politisch aktiv. Dies umfasst die Eröffnung neuer Botschaften, die Unterstützung von Infrastrukturprojekten sowie die Errichtung eines Militärstützpunktes in Mogadischu/Somalia [2017].

Weitere bedeutende Akteure in Afrika sind diverse multinationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen, wie die Weltbank. Deren Finanzpolitik und Aktivitäten haben großen Einfluss auf die positive oder negative Entwicklung der Volkswirtschaften afrikanischer Staaten.

▼ Häfen und Militärbasen am Horn von Afrika



KOOPERATION UND SICHERHEITSPOLITIK AFRIKANISCHER STAATEN

Die Afrikanische Union [AU] und die acht von ihr anerkannten Regionalorganisationen [siehe Karte S. 8] bilden die zentralen Kooperationsrahmen für afrikanische Staaten. Die Zusammenarbeit umfasst sowohl wirtschaftliche Abkommen als auch gemeinsame Aktivitäten in den Bereichen Sicherheits- und Konfliktmanagement. Aufgrund staaten- und regionenübergreifender Phänomene erfordert eine effektive Sicherheitspolitik zunehmend staaten- und regionenübergreifende Maßnahmen. Dies fördert die Entstehung neuer sicherheitspolitischer Initiativen (wie z. B. den Force Conjointe du G5 Sahel). Derartige Bündnisse, sowie die Teilnahme an Friedensmissionen, zeigen die zunehmende Eigeninitiative afrikanischer Staaten bei der Beendigung von Krisen und Konflikten am Kontinent.

Die Afrikanische Union

Die AU wurde im Jahr 2002 als Nachfolgeorganisation der seit 1963 bestehenden Organisation für Afrikanische Einheit [OAU] gegründet. Die Aktivitäten der AU und ihrer 55 Mitgliedstaaten (inklusive Westsahara) umfassen unter anderem ein breites Aufgabenspektrum im sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereich. Mit der Etablierung des Peace and Security Council [PSC] schuf die AU ein Instrument für aktive Sicherheitspolitik und präventive Diplomatie. Es folgte die Entwicklung eines Frühwarnsystems, die Durchführung und Teilnahme an friedensschaffenden- und unterstützenden Missionen und Operationen sowie die Aufstellung der African Standby Force [ASF].

Aktuelle Missionen gibt es in Darfur/Sudan [African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur [UNAMID] und in Somalia [African Union Mission in Somalia [AMISOM]. AMISOM stellt für die AU allerdings eine stetig wachsende Herausforderung im persönlichen, materiellen und finanziellen Bereich dar. Die Anzahl der Truppen stieg seit Beginn der Mission bis ins Jahr 2018 von 8.000 auf über 20.000 Soldaten.

The vision of the African Union is that of:

“An integrated, prosperous and peaceful Africa, driven by its own citizens and representing a dynamic force in global arena.”

-- African Union --

Auch Kooperationspartnerschaften im Wirtschaftsbereich fördern den innerafrikanischen Dialog und können zur Stabilität am

Kontinent beitragen. Derzeit sind einige Mitgliedstaaten der AU bestrebt, die Implementierung der afrikanischen Freihandelszone African Continental Free Trade Area [AfCFTA] voranzutreiben. Der innerafrikanische Handel soll durch freien Personenverkehr, Niederlassungsrecht und dem Recht auf Unternehmensgründung gefördert werden. Auf dem AU-Gipfel im März 2018 unterzeichneten 44 der 55 Mitgliedstaaten der AU das Abkommen zur Gründung der AfCFTA. 22 Ratifizierungen werden für dessen Inkrafttreten benötigt. Die beiden großen und wirtschaftlich starken Staaten Nigeria und Südafrika haben allerdings bisher nicht unterzeichnet. Einen möglichen Grund dafür liefert der Wiedereintritt Marokkos in die AU im Jahr 2017 nach über 33 Jahren. Nigeria und Südafrika, zentrale Handelspartner und wichtige Investoren für viele afrikanische Staaten, befürchten Nachteile für ihre Wirtschaft. Marokko ist Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik, weshalb die Sorge

Die afrikanische Agenda 2063

Im Sinne der Komplexität und Vernetzung aktueller sicherheitspolitischer Herausforderungen vertritt die AU das Konzept der umfassenden menschlichen Sicherheit. Dies zeigt die im Jahr 2015 verabschiedete afrikanische Agenda 2063. Sie umfasst die wirtschaftliche, soziale, politische und wissenschaftliche, wie auch kulturelle Entwicklung Afrikas. Die Agenda wird als komplementär zur Agenda 2030 verstanden und fasst einen Großteil bestehender Richtlinien, Programme und Deklarationen der AU zusammen. Darunter fallen beispielsweise die New Partnership for Africa's Development [NEPAD], der Lagos Plan of Action, die African Economic Community [„Abuja treaty“], das Minimum Integration Programme und das Comprehensive Africa Agricultural Programme [CAADP].



►
Ein Soldat der malischen
Streitkräfte vor dem
Hauptquartier der
FC-G5 Sahel in Sevaré/Mali.
[Sebastien Rieussec/
picturedesk.com]

besteht, dass die billige Einfuhr von Gütern aus der EU über Marokko die lokale Marktwirtschaft zerstören könnte. Trotz einiger Kritik besitzt die AfCFTA das Potential, die Volkswirtschaften Afrikas positiv zu beeinflussen.

Die AU dient auch als Rahmen, um afrikanische Interessen gegenüber anderen Partnern (wie der EU) zu vertreten. Im Zuge von Verhandlungen treten die afrikanischen Staaten zunehmend mit einer gemeinsamen Stimme auf. Insbesondere Investitionen in Infrastruktur und Arbeitsplätze sowie ein Wissenstransfer werden unisono gefordert. Veränderungen in der Beziehung zwischen AU und EU könnten sich im Zuge der Ausverhandlung des Nachfolgeabkommens des Cotonou-Agreements (endet mit 2020) ergeben. Neben den positiven Entwicklungen bestehen weiterhin Probleme in der ausreichenden finanziellen Ausstattung sowie der Effektivität der Organe der AU. Die Mitgliedschaft einzelner Staaten in mehreren Regionalorganisationen führt zu Duplizierungen und Überlappungen in deren Aktivitäten. Im Bereich Frieden und Sicherheit fehlen häufig genaue Richtlinien zur Umsetzung konfliktpräventiver Maßnahmen. Zudem bedarf die Umsetzung solcher Maßnahmen der Zustimmung des jeweiligen Staates. Verbindliche Zusagen und damit einhergehend Möglichkeiten zu Sanktionen fehlen zumeist. Der Beitritt Marokkos zur AU limitiert die Aktivitäten der AU und des PSC in Bezug auf die Westsahara.

Afrikanische Regionalorganisationen

Die AU anerkennt acht Regionalorganisationen, die sogenannten Regional Economic Communities (RECs). Deren politische Ziele umfassen sowohl die wirtschaftliche Zusammenarbeit als auch Kooperationen im Sicherheitsbereich. Mit Ausnahme der de facto derzeit inexistenten Union of the Arab Maghreb (UMA) sind alle weiteren RECs bestrebt, auch organisationsübergreifend zu kooperieren. Im Juli 2018 fand ein Treffen der Mitgliedstaaten der Economic Community of West African States (ECOWAS) und der Economic Community of Central African States (ECCAS) statt. Im Rahmen dieses Dialogs wurde eine verbesserte Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich anvisiert. Beide Regionalorganisationen stellen Truppen für regionale Sicherheitsinitiativen, wie die Force Conjointe du G5 Sahel (FC-G5S) und die Multi-National Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram. Die Effektivität derartiger Sicherheitskooperationen könnte durch einen verstärkten Austausch in den Bereichen militärische Ausbildung, militärische Operationen, Strafverfolgung und Aufklärung gesteigert werden.

Initiativen im Rahmen der regionalen Organisationen besitzen das Potential, Entwicklungen im Sicherheitsbereich positiv zu beeinflussen und eigenständig eine Konfliktlösung herbeizuführen. Ein Beispiel stellt das Eingreifen der ECOWAS nach den Wahlen in Gambia [2017] dar. Nachdem

der amtierende Präsident in Folge seiner Wahlniederlage den Rücktritt verweigerte, stellten einige ECOWAS-Mitgliedstaaten eine Eingreiftruppe auf und intervenierten in Gambia. Dies ermöglichte den Amtsantritt des neuen Präsidenten ohne eine weitere gewaltsame Eskalation.

Regionale sicherheitspolitische Initiativen

Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen in Afrika sind durch ihre Komplexität, grenzüberschreitende Wirkung und Mobilität gekennzeichnet. Die AU sowie einige ihrer Regionalorganisationen benötigen meist zu lange, um geeignete Sicherheitsinitiativen zu implementieren. Die Entfaltung von Aktivitäten wird zudem verzögert, wenn die Mitgliedstaaten unterschiedlicher RECs betroffen sind. Dies führte in der jüngeren Vergangenheit zur Gründung alternativer Kooperationsformen im Sicherheitsbereich wie etwa der Multi-National Joint Task Force (MNJTF) oder der Force Conjointe du G5 Sahel (FC-G5S).

Die MNJTF ist ein Zusammenschluss der Staaten Niger, Nigeria, Tschad, Kamerun und Benin. Die zentrale Aufgabe der MNJTF ist es, die Sicherheit in jenen Gebieten wiederherzustellen, in denen terroristische Gruppen aktiv sind. Im Zentrum steht die Bekämpfung der Terrorgruppe Boko Haram im Becken des Tschadsees (Lake Chad Basin). Das Mandat der ehemaligen Multi-National Security Force wurde seit 1994 mehrmals

erweitert und die MNJTF im Jahr 2015 vom PSC autorisiert. Obwohl die Erfolgsbilanz der MNJTF kritisiert wird, konnten Erfolge im Kampf gegen die Boko Haram erzielt werden. Allerdings stieg in den letzten Monaten die Anzahl der Übergriffe der terroristischen Gruppierung auf militärische Stützpunkte und Soldaten sowie die Zivilbevölkerung.

Anders als die MNJTF erhalten das Bündnis G5 Sahel und dessen gemeinsame militärische Kräfte [FC-G5S] weitreichende externe Unterstützung. Das Bündnis entstand im Jahr 2014 auf Initiative der Staaten Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Tschad. Eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Sicherheit sowie nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung soll erreicht werden. Im Jahr 2017 erfolgte die Aufstellung der FC-G5S. Diese werden durch die UNO-Resolution 2359 [2017], die AU und EU sowie einzelne europäische (v. a. Frankreich und Deutschland) und weitere Staaten unterstützt. Das Mandat der FC-G5S ermöglicht die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Das operative Konzept beinhaltet zudem die Unterstützung von humanitären Operationen und Entwicklungsstrategien in den Mitgliedstaaten. Basierend auf der UNO-Resolution 2391 [2017] erhalten die FC-G5S logistische und operative Unterstützung durch die UNO-Friedensmission MINUSMA in Mali. Auf der Geberkonferenz im Februar 2018 wurde die Finanzierung der FC-G5S in Höhe von 414 Mio. Euro festgelegt. Die größten Geldgeber sind die EU und ihre Mitgliedstaaten mit 176 Mio. Euro, gefolgt von Saudi-Arabien, den USA, den VAE und den Mitgliedsstaaten selbst. Zusätzlich zur Finanzierung erhalten die FC-G5S personelle Unterstützung, insbesondere durch Soldaten der französischen Opération Barkhane.

Eine große Herausforderung für regionale Sicherheitsinitiativen stellt die Finanzierung dar. Die versprochenen Investitionen externer Akteure werden oft zu spät oder überhaupt nur zum Teil getätigt. Einige Staaten, wie Tschad oder Nigeria, agieren als Truppensteller in mehreren Bündnissen und Missionen. Fehlende finanzielle Mittel bedeuten meist, dass Soldaten nicht bezahlt werden. Das wiederum fördert Korruption und Kriminalität.

Die Interessen externer Akteure an der Finanzierung regionaler Sicherheitsbündnisse sind vielfältig. Für die EU und ihre Mitgliedstaaten ist derzeit das Eindämmen von Migration und Terrorismus als vordergründig zu betrachten. Andere Staaten, wie etwa Saudi-Arabien, sind bestrebt einen Beitrag zu leisten, um ihren Einfluss in der Region zu stärken.

Zukünftige Herausforderungen

In Afrika wird eine Vielzahl an Konflikten ausgetragen. In Zukunft wird es entscheidend sein, ob eine neue, junge Politikergeneration in der Lage ist, Ressourcen angemessen umzuverteilen. Dies umfasst die Inklusion aller Bevölkerungsteile, unabhängig von deren ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit. Aufgrund der klimatischen Veränderungen und verstärkter Ressourcenknappheit ist dies von besonderer Bedeutung. Landflucht und zunehmende Urbanisierung fordern Investitionen in Stadtentwicklung und Infrastruktur. Die Schaffung einer ausreichenden Anzahl an Arbeitsplätzen wird dabei eine zentrale Rolle spielen. In diesen Bereichen könnten Infrastruktur- und Investitionsprogramme Chinas und der EU eine positive Wirkung erzielen.

Das Erreichen nachhaltiger Konflikttransformation, bedarf einer umfassenden Analyse und Bearbeitung von Konfliktursachen sowie eines langfristigen Engagements. Im Rahmen sicherheitspolitischer und militärischer Maßnahmen sollte dies berücksichtigt werden. Um menschliche Sicherheit gewährleisten zu können, müssen Sicherheits- und Entwicklungspolitik wie auch Wirtschaftspolitik ineinandergreifen.

Die AU und ihre Regionalorganisationen zeigen verstärktes Engagement bei der Bewältigung von Krisen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Regionale Sicherheitsinitiativen werden in den kommenden Jahren jedoch weiterhin externe Unterstützung benötigen. Die EU hat hier das Potential, ihre Stellung als bedeutender Sicherheitspartner für afrikanische Staaten weiter auszubauen. Insbesondere sicherheitspolitische Initiativen, die die Auswirkungen von Konflikten in Afrika auf die EU minimieren, werden zunehmend Förderung erhalten.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind bestrebt, mögliche Folgen afrikanischer Krisen und Konflikte für Europa zu verhindern. Das Eindämmen von Migration und Terrorismus steht dabei im Vordergrund. Um nachhaltige Sicherheit zu generieren, sollte Migration als ein Teilaspekt und als Folge der zahlreichen weiteren sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen am Kontinent betrachtet werden. Zukünftige Abkommen und Migrationspartnerschaften werden die jeweiligen Strukturen vor Ort, die Menschenrechtssituation sowie die Interessen afrikanischer Staaten stärker berücksichtigen müssen.

Rivalitäten um den wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss in Afrika werden weiterhin dominieren. Diverse externe Akteure mit unterschiedlichen Interessen können wirtschaftliche Initiativen setzen, aber gleichzeitig auch politische Spannungen und Abhängigkeiten verstärken. Afrikanische Staaten zeigen im Rahmen der Sicherheitspolitik der AU sowie mit Sicherheitsinitiativen der Regionalorganisationen und einzelner Staaten eine zunehmend eigenständige Konfliktlösungskompetenz. Das steigende Engagement im Konfliktmanagement, der Ausbau von regionalen Bündnissen sowie innerafrikanische Abkommen, wie die afrikanische Freihandelszone [AfCFTA], geben afrikanischen Staaten die Möglichkeit, ihre internationale Position zunehmend zu stärken.



Westbalkan 2018/19 - Überwindung oder Vertiefung von Krisen?

Der Wahlausgang in Bosnien und Herzegowina wird wahrscheinlich eher zur Fortsetzung der politischen Krise als zu ihrer Beendigung führen. Ein entschiedeneres Auftreten der internationalen Kontrollinstanz OHR wäre notwendig. Der Kosovo-„Dialog“ und die Sicherheitslage im Kosovo bleiben fragil. Im „Namensstreit“ zw. Athen und Skopje haben sich dagegen positive Möglichkeiten eröffnet.



Vernetzte Unsicherheit - Hybride Bedrohungen im 21. Jahrhundert

Dieses Buch beschreibt die über Kampfhandlungen hinaus anwendbaren staatlichen Möglichkeiten zur Machtprojektion am Beispiel des Ukraine Konfliktes, der nicht nur mit konventionellen Mitteln, sondern auch mit einer Fülle von unterschiedlichen Machteinstrumenten geführt wird. Technologische Errungenschaften und deren Einsatzmöglichkeiten verstärken die Optionen von Staaten, hybride Mittel einzusetzen.



Der Islamische Staat - Aufstieg und Niedergang einer Terrororganisation

In dieser Ausgabe soll anhand einer kompakten Darstellung der Gründe für den Aufstieg der Terrororganisation, seiner Ideologie, der globalen IS-Strategie, seiner staatsähnlichen Strukturen und des professionellen Propagandaapparates aufgezeigt werden, was hinter der mächtigsten Terrororganisation steckt und welche Herausforderungen uns in Zukunft im Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung erwarten.



Gordischer Knoten Ukraine - Eine gesamtstrategische Betrachtung

Der Sammelband betrachtet das krisengeschüttelte Land aus einer gesamtstrategischen Perspektive und kann als Nachschlagewerk zum Ukraine Konflikt verwendet werden. So beleuchten darin Experten aus Österreich, Belgien, Russland und der Ukraine historische Aspekte der Krise, die Vorgeschichte und den Verlauf des Konflikts sowie die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Konfliktparteien.

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)

Das 1999 gegründete Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie.

Um zwei der zentralen Aufgaben eines modernen Militärs nachzukommen, nämlich Sicherheit zu schaffen und Frieden zu wahren, ist es erforderlich und zweckmäßig, sich mit den theoretischen Grundlagen von Frieden und gewaltsamen Konflikten zu beschäftigen.

Das Institut konzentriert sich dabei auf die Bereiche Bedrohungs- und Konfliktbild, regionale Konfliktanalysen, Konflikttransformation sowie Streitkräftenstrukturen und Doktrinen.

Durch den zusätzlichen Zugriff auf zahlreiche nationale und internationale Forschernetzwerke entstand im IFK ein "Center of Excellence" im Bereich sicherheitspolitische Analyse.

Die allgemein und spezifisch aufbereitete Expertise fließt bedarfsorientiert in nachfolgende Kernaufgaben des Instituts ein.

Politikberatung:

- ▶ Beitrag zur sicherheitspolitischen Beratung für staatliche und staatsnahe Einrichtungen

Forschung:

- ▶ Bedrohungs- und Konfliktbild,
- ▶ Entwicklung des internationalen Krisenmanagements und aktueller Einsätze,
- ▶ Konfliktanalyse über den Westbalkan, Nordafrika, das erweiterte Horn von Afrika, den Nahen Osten, den Südkaukasus und über die Gebiete des russischen Einflussbereiches.

Lehre:

- ▶ Lehrveranstaltungen an Bildungseinrichtungen des Verteidigungsministeriums sowie Universitäten

Öffentlichkeitsarbeit:

- ▶ Interviews, Informations- und Vortragstätigkeiten

Das IFK hat unterschiedliche Publikationsformate, von denen einige auch online veröffentlicht werden (siehe www.bundesheer.at/ifk).

Videoblog „Feichtinger kompakt“

Mit dem Start des innovativen Videoblogs „Feichtinger kompakt“ geht das IFK seit dem Frühjahr 2017 neue Wege der Kommunikation bzw. Öffentlichkeitsarbeit.

In diesen ein- bis zweimal monatlich erscheinenden, professionell produzierten Kurzvideos in der Länge von ca. fünf Minuten werden von Brigadier Dr. Walter Feichtinger aktuelle sicherheitspolitische Themen analysiert und verständlich zusammengefasst.

Alle bis dato erschienenen Videos des Blogs „Feichtinger kompakt“ sind auf nachfolgender Playlist des Bundesheer-Kanals auf YouTube zu finden:



<http://bit.ly/2mvOhgD>

INHALT

Afrika rückt zunehmend in den Fokus der Sicherheitspolitik europäischer Staaten. Flucht- und Migrationsbewegungen über das Mittelmeer tragen zur Entstehung innereuropäischer Kontroversen bei. Zudem wecken militante Gruppierungen die Angst vor terroristischen Anschlägen in Europa. Die grenzüberschreitende Wirkung regionaler afrikanischer Krisen und Konflikte sowie die möglichen Auswirkungen auf die innere Sicherheit und Stabilität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten werden dadurch deutlich. Die kulturelle, ökonomische und politische Vielfalt am afrikanischen Kontinent ist enorm. Die 54 Staaten Afrikas haben unterschiedliche Interessen und besitzen diverse Potentiale und Entwicklungsmöglichkeiten. Daneben sehen sich afrikanische Staaten mit komplexen und vielfältigen sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Zahlreiche externe Akteure sind am Kontinent aktiv. Afrikanische Staaten bemühen sich jedoch zunehmend, mehr Verantwortung im Feld der Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu übernehmen.

DIE AUTOREN



Mag. Nicole Gruber

Gastforscherin am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Sie befasst sich im Zuge ihrer Tätigkeiten am IFK und in der Direktion für Sicherheitspolitik [im Bundesministerium für Landesverteidigung] mit sicherheitspolitischen Analysen zu Afrika sowie der Policy-Entwicklung und Implementierung.



Dr. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Carmelo Rodriguez, BA.

IMPRESSUM:

Amtliche Publikation der Republik Österreich
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich, Bundesminister
für Landesverteidigung BMLV,
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien /
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Layout und Gestaltung: LVAK/Referat III Medien

Fotos und Grafiken: IMG, HBF, APA

Druck: Heeresdruckzentrum, Wien 18-03131



Gedruckt nach der Richtlinie des
Österreichischen Umweltzeichens
„Druckerzeugnisse“,
UW-Nr. 943

AT/028/048